

Haushaltsrede
zur Einbringung des Haushaltes 2012
am 12. Dezember 2011

Bürgermeister Paul Hermreck

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Verler Bürgerinnen und Bürger,
meine Damen und Herren des Rates!

Die Verwaltung stellt Ihnen heute den Haushalt für das Kalenderjahr 2012 vor; man kann ihn – will man ihn kurz umschreiben – als unspektakulär und grundsolide bezeichnen.

Im Etat 2012 sind in erster Linie finanzielle Mittel für Maßnahmen vorgesehen, die wir bereits im Laufe dieses Jahres zumeist einvernehmlich gemeinsam beschlossen haben und die es nun in die Realität umzusetzen gilt.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit diesen Maßnahmen die Lebensqualität für die Bürger unserer Stadt Stück für Stück weiter verbessern können. Und all dies können wir uns erfreulicherweise leisten, ohne dass wir die Steuern erhöhen oder die Abgabenschrauben anziehen müssen. Wir verwenden ausschließlich eigene Mittel, sind also nicht gezwungen, uns auch nur einen Cent zu leihen.

Gerade in der derzeitigen allgemeinen "Schuldenkrise" ist dies – so meine ich – mehr als bemerkenswert.

Deshalb erlauben Sie mir bitte, bevor ich auf die Daten und Fakten unseres kommunalen Haushaltes konkret eingehe, dass ich einige Gedanken zur allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Lage äußere. Schließlich wirkt sich diese letztendlich wohl oder übel in irgendeiner Art und Weise auch auf unsere Kommune aus.

Wenn wir ehrlich sind, haben wir es doch alle geahnt. Denn die jahrzehntelange Praxis, stets mehr Geld auszugeben, als zur Verfügung stand, kann auf die Dauer nicht gutgehen. Dennoch waren wir überrascht und erschüttert, als sie uns in diesem Jahr mit voller Wucht traf – die Schuldenkrise. Und dabei brauchen wir wahrlich nicht mit dem Finger nach Griechenland zu zeigen. Auch hier, in unserem Land, haben wir uns diesbezüglich nicht mit Ruhm bekleckert.

Lt. Angaben des Bundes der Steuerzahler beträgt die deutsche Staatsschuld Ende dieses Jahres 2,02 Bill. EUR. Damit hat jeder der fast 82 Mio. Bundesbürger statistisch gesehen 24.763,00 EUR Schulden.

Plastisch vor Augen geführt, entspricht diese Summe mehr als 4 Mrd. Scheinen à 500,00 EUR. Das Gewicht dieser Geldmenge beläuft sich auf 5.260 Tonnen, was einen Güterzug mit 96 Waggons zu je 55 Tonnen füllen würde. Dieser Zug wäre dann 1,73 km lang.

Wer immer mehr Geld leiht, um über die Runden zu kommen, lebt aber nicht nur über seine Verhältnisse, sondern darf auch eines nie vergessen: Für das geliehene Geld sind nicht nur laufende Zinsen zu zahlen, sondern irgendwann wollen die Gläubiger ihr Kapital auch einmal

zurück haben. Das aber scheint in den vergangenen Jahrzehnten so mancher verdrängt zu haben, und hier beginnt nun die Misere.

Parallel dazu beginnt gleichzeitig die große Aufregung: Auf nahezu allen Fernsehsendern wird in mehr oder minder ernst zu nehmenden Talkrunden diskutiert, wie man mit perfekt geregelten Märkten, einer weltweit geltenden Transaktionssteuer oder dem Leerverkaufsverbot die einst so heile und jetzt zerbrochene Welt wieder kitten kann. Dabei hätte es doch gereicht, wenn man sich viel eher auf eine ganz einfache Regel besonnen hätte, die zwar etwas bieder klingen mag und auch nicht sehr populär ist, aber dennoch das Problem auf den Punkt bringt:

**“Auch Staaten, Länder, Kreise und Kommunen können auf Dauer nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen.
Tun sie es doch, erhalten sie irgendwann einmal die Quittung.
Die einen früher, die anderen später.“**

Auch in unserem Bundesland NRW haben bereits einige Kommunen ihre Quittung erhalten. 138 Kommunen befinden sich aktuell im Nothaushalt. 35 sind so überschuldet, dass sie ihre Verpflichtungen nur noch mit Kassenkrediten erfüllen können, oder sie werden innerhalb der nächsten zwei Jahre überschuldet sein. Ich wage kaum daran zu denken, was passieren wird, wenn das derzeit absolut niedrige Zinsniveau um 1, 2 oder gar 3 Prozent ansteigen sollte.

Unsere fürsorgliche Landesregierung will, was vom Grundsatz her auch löblich ist, diesen Kommunen helfen. Dazu wird – wie heutzutage üblich – als erste Maßnahme ein Flyer gedruckt. Darin heißt es vollmundig:

“Kommunen stärken – sofort und nachhaltig! – Die Landesregierung hilft, Finanzen in Städten und Gemeinden in Ordnung zu bringen.“

Diese Überschrift erinnert mich ehrlich gesagt an die Geschichte, in der ein Nichtschwimmer, dem das Wasser selbst schon Oberkante Unterlippe steht, einen Ertrinkenden retten will. Und beim weiteren Durchblättern des Flyers stellt man dann erstaunt fest, dass das Land für diese Hilfe selbst Hilfe benötigt. Das nennt sich dann ganz elegant

“Kommunaler Solidarbeitrag der vorwiegend finanzstarken Kommunen“,

und bedeutet im Kern nichts anderes, als dass die finanzstarken Kommunen den finanzschwachen aus der Patsche helfen dürfen. Im Gegenzug verlangt man den zu stärkenden Kommunen ab, dass sie innerhalb von fünf Jahren mit Hilfe dieses Solidarbeitrages ihren Haushalt ausgleichen und gar in fünf weiteren Jahren den Haushaltsausgleich dann aus eigener Kraft erreichen. Das nenne ich wirklich ein ambitioniertes Ziel – Bürgermeister und/oder Kommunalpolitiker werden es in diesen Kommunen in den nächsten zehn Jahren wahrlich nicht leicht haben. Ich zitiere hier nur aus dem Rundbrief des NRW-Innenministers vom vergangenen Freitag, in dem es heißt: „Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass in immer mehr Kommunen anstelle von gewählten Räten die Aufsichtsbehörden Haushaltsentscheidungen treffen. Wir wollen die kommunale Demokratie stärken und die Räte wieder in die Lage zu versetzen, eigenverantwortlich für ihre Bürgerinnen und Bürger zu handeln.“

Und gerecht ist die hier konzipierte Umverteilung in keiner Hinsicht. Denn die Kommunen, die wie Verl ihre finanzpolitischen Hausaufgaben stets ordentlich gemacht haben, werden durch eine solche Maßnahme unverdient belastet und schlicht und einfach abgestraft.

Wie will die Landesregierung auf diese Weise noch ernsthaft Kommunen motivieren zu sparen, wenn sie ihnen alle finanziellen Spielräume aus Solidaritätsgründen nimmt?

Wie will man seriös fordern, dass total überschuldete Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt erreichen sollen, wenn auf der anderen Seite immer wieder behauptet wird, dass die finanziellen Einsparmöglichkeiten total ausgereizt seien?

Hilfe ja, aber bitte anders!

Wie wäre es zum Beispiel damit, unsere teilweise viel zu hohen Standards zu senken, den so viel beschworenen Bürokratieabbau tatsächlich umzusetzen und eine strikte Ausgabendisziplin einzuhalten?

Und vor allem: Wie wäre es mit einer **aufgabengerechten** Finanzausstattung der Kommunen gemeinsam durch Bund und Land, anstatt sich ständig gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben?

Wir müssen endlich damit beginnen, zwischen dem Wünschenswerten und dem finanziell Machbaren und vor allem dem Verantwortbaren zu unterscheiden. Auf den Punkt gebracht hat dies der ehemalige Ministerpräsident des Landes NRW Peer Steinbrück mit dem Satz: „Wir müssen dem Versuch widerstehen, den Menschen mehr zu versprechen, als wir halten können“.

Erfreulicherweise haben die massiv vorgetragenen Bedenken und die bereits angedrohte Klage der Kommunen gegen den Stärkungspakt offensichtlich ihre Wirkung nicht verfehlt: Immerhin soll die Entscheidung

über den kommunalen Solidarbeitrag nun erst im Laufe des Jahres 2013 getroffen werden.

Ich persönlich kann mich allerdings des Eindruckes nicht erwehren, dass diese Verschiebung aufgrund der aktuellen öffentlichen Diskussion nur als Beruhigungsspiel wirken soll. Machen wir uns nichts vor – die Entscheidung ist hier lediglich vertagt.

Wir im Kreis Gütersloh werden die Entwicklung dieses Fragenkomplexes sorgfältig beobachten und erwarten auch diesbezüglich von unseren heimischen Bundes- und Landtagsabgeordneten, dass sie uns ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Stellung vorbehaltlos unterstützen. Gegebenenfalls muss tatsächlich über verfassungsrechtliche Schritte nachgedacht werden, denn sollte der kommunale Solidarbeitrag tatsächlich so kommen wie geplant, so würde das unweigerlich das Ende der kommunalen Selbstverwaltung bedeuten.

Aber, meine Damen und Herren, wenden wir uns nun wieder ganz aktuell und ortsbezogen dem Haushalt der Stadt Verl zu.

Auch dieser Etat sieht erneut keinerlei Kreditaufnahme vor. Verl wird also auch im Jahr 2012 im Kernhaushalt absolut schuldenfrei dastehen.

Oft werde ich von Bürgern gefragt, warum bei der Aufzählung der schuldenfreien Städte nie die Stadt Verl genannt wird. Deshalb möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, diesen Sachverhalt zu erläutern.

Richtig ist, dass der Kernhaushalt der Stadt Verl über keinerlei Kredite verfügt. Die Stadt hat lediglich Verbindlichkeiten gegenüber ihren eigenen Betrieben (zum Beispiel den Abwasserbetrieben) sowie

natürlich jederzeit geringfügige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Lieferanten aus offenen Rechnungen.

Den größten Anteil der Verbindlichkeiten machen die Kassenbestände der Eigenbetriebe aus. Die Betriebe haben keine eigenen Bankkonten, es wird eine Gemeinschaftskasse mit dem Kernhaushalt geführt. Die Anteile der Eigenbetriebe an den Geldbeständen der Stadt Verl stellen für die Bilanz des Kernhaushaltes daher Verbindlichkeiten dar.

Während der Kernhaushalt der Stadt Verl also schuldenfrei ist, verfügen die Eigenbetriebe der Stadt noch über Kreditverbindlichkeiten. Zum Jahresende 2011 betragen diese für den

Abwasserbetrieb der Stadt Verl	7.809.807 EUR (bis 2024)
und für die	
Gemeinschaftskläranlage Verl Sende	1.930.251 EUR (bis 2024).

Obwohl eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den beteiligten Kommunen an der Gemeinschaftskläranlage Verl-Sende besteht, dass sie ihre Kredite zu 99 % tragen, werden die Verbindlichkeiten dieser Kläranlage komplett dem Eigenbetrieb und somit der Stadt Verl zugerechnet.

Es kommt also auf die Sichtweise an. Betrachtet man nur den Kernhaushalt der Stadt, ist dieser absolut schuldenfrei. Betrachtet man hingegen den – nennen wir es: „Konzern“ –, so bestehen insgesamt Kreditverbindlichkeiten von rd. 9,7 Mio. EUR.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zu den Eckpunkten unseres Etats für 2012.

Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht im Ergebnisplan Einnahmen in Höhe von 55,6 Mio. EUR vor. Die größte Einzelposition stellt wie immer die Gewerbesteuer mit 30,0 Mio. EUR dar.

Wir empfehlen Ihnen hier, den Ansatz um 3,0 Mio. EUR von 33,0 Mio. EUR auf 30,0 Mio. EUR zu reduzieren. Zwar werden wir den für dieses Jahr gültigen Ansatz aller Voraussicht nach sogar geringfügig überschreiten, dennoch lässt sich schon jetzt mit Sicherheit sagen, dass wir in naher Zukunft nicht mehr die Rekordergebnisse aus den Jahren 2008 mit 43,3 Mio. EUR oder 2010 mit 42,9 Mio. EUR erreichen werden. Deshalb sollten wir hier wie gehabt eher zurückhaltend kalkulieren.

Aufgrund der unsicheren globalen Finanzsituation wird allgemein von einer merklichen konjunkturellen Abkühlung für das Jahr 2012 ausgegangen, der wir durch diese Reduzierung Rechnung tragen. Auch ein Betrag in Höhe von 30,0 Mio. EUR ist bei unserem absolut niedrigen Hebesatz von 340 Punkten ein außergewöhnlich gutes Ergebnis, um das uns sicherlich der ein oder andere Kämmerer gleichgroßer Kommunen beneidet. Deswegen sollten wir uns auch stets bewusst sein, dass erst die Erfolge unserer Unternehmen vor Ort und die Tüchtigkeit ihrer Mitarbeiter uns in die Lage versetzen, uns in Verl einen hohen Standard zu leisten, der zwar vielfach schon als normal angesehen wird, der aber – besonders in der heutigen Zeit – alles andere als alltäglich ist.

Neben der Ertragskraft unserer Unternehmen ist es auch sehr erfreulich, dass hiermit einhergehend die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in unserer Stadt stetig steigt.

So hat zum Ende des letzten Jahres die Anzahl der Arbeitsplätze in Verl um gut 500 zugenommen und ist damit auf die Rekordhöhe von 11.740 gestiegen. Die örtliche Arbeitslosenquote liegt bei uns deutlich unterhalb von 4 %. Ich glaube, das sind Zahlen, die sich sehen lassen können.

Auch die Ausbildungssituation hat sich in Verl sehr gut entwickelt. Ende 2010 waren in Verl 640 Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis beschäftigt. Betrachtet man die letzten 10 Jahre, dann hat sich die Zahl der Auszubildenden um stolze 62,9 % gesteigert.

Trotzdem bleiben noch 47 Bürger unter 25 Jahren, die aus unterschiedlichsten Gründen aktuell keine Arbeitsstelle haben. Hier dürfen wir gemeinsam in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, damit auch diese jungen Menschen die Möglichkeit bekommen, am Erwerbsleben teilzunehmen und ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Allein aufgrund der demographischen Entwicklung werden jungen Menschen in den kommenden Jahren zunehmend bessere Möglichkeiten am Arbeitsmarkt geboten. Zusammenfassend ist festzustellen: Verl ist ein starker Wirtschaftsstandort mit sehr guten Entwicklungsmöglichkeiten.

Doch zurück zu unseren Einnahmen:

Die weiteren Positionen stellen sich wie folgt dar:

Grundsteuer B	2,50 Mio. EUR
Gewerbesteuer	30,00 Mio. EUR
Einkommensteueranteil	8,20 Mio. EUR
Umsatzsteueranteil	1,45 Mio. EUR
Kompensationsleistungen	0,98 Mio. EUR

öffentl.-rechtliche Leistungsentgelte (Gebühren etc.)	3,32 Mio. EUR
Konzessionsabgaben	0,95 Mio. EUR
Zinserträge von Kreditinstituten	0,80 Mio. EUR
Zinserträge von Eigenbetrieben	0,25 Mio. EUR
Sonstige Finanzerträge	0,12 Mio. EUR
Auflösung Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen	1,73 Mio. EUR
<u>Sonstige Erträge</u>	<u>5,35 Mio. EUR</u>
	55,635 Mio. EUR

Diesen Einnahmen stehen Ausgaben in Höhe von gut 60,5 Mio. EUR gegenüber.

Die größte Position mit fast einem Drittel Anteil stellt hier wie immer die Kreisumlage mit geschätzten 19,1 Mio. EUR dar.

Apropos Kreis: Nachdem der Kämmerer des Kreises Gütersloh im letzten Jahr in seiner Haushaltsrede bzgl. der Finanzsituation des Kreises schon einen Frontalcrash gegen eine Mauer auf sich zukommen sah, plagen ihn jetzt sogar schon Alpträume, wie er bei der Einbringung des Kreishaushaltes 2012 einräumte.

Kein Wunder, denn anstatt die Entschuldung konsequent weiter voranzutreiben, soll jetzt eine Nettoneuverschuldung von gut 5,6 Mio. EUR aufgenommen werden, um den Kreishaushalt irgendwie über die Runden zu bringen. Dies lässt für die Zukunft nichts Gutes erahnen, sind es doch letztendlich die 13 Kommunen des Kreises, die für ihn aufkommen müssen.

Wir in Verl können uns wirklich nur selbst beglückwünschen, dass wir vor gut zwei Jahren die Weitsicht und den Mut aufgebracht haben, hier ein eigenes Jugendamt zu gründen.

Wären wir beim Kreis geblieben, würden wir Gefahr laufen, unsere jetzt veranschlagte Gewerbesteuererinnahme über die Kreis- und Jugendamtsumlage nahezu gänzlich an den Kreis überweisen zu müssen. 2009, dem letzten Jahr vor der Gründung unseres eigenen Jugendamtes, betrug die Jugendhilfeumlage für die Stadt Verl 7,53 Mio. EUR. Und man darf getrost davon ausgehen, dass sie in den Folgejahren ganz sicher nicht gesunken wäre – eher im Gegenteil. Ich wage sogar die Prognose, dass die Jugendamtsumlage für Verl heute sehr wahrscheinlich schon den zweistelligen Millionenbereich erreicht hätte.

Unser eigenes Jugendamt hat uns dagegen im ersten Jahr nach dem Start 5,22 Mio. EUR gekostet. Für 2011 lag der Ansatz mit 6,51 Mio. EUR etwas höher, allerdings sind hierin auch erhebliche Investitionen in den Ausbau unserer Kindertageseinrichtungen enthalten. Dieses Geld kommt **direkt** unseren Kindergärten vor Ort zu Gute, die wiederum damit unseren Familien ein bedarfsgerechtes Angebot insbesondere im U-3-Bereich bieten können. Da 2012 weitere große Baumaßnahmen anstehen – ich nenne hier nur das Stichwort U-3-Ausbau –, haben wir diesmal einen Ansatz von 6,18 Mio. EUR gebildet.

Doch die geringeren Kosten sind nicht der einzige Vorteil: Unser Jugendamt arbeitet bürgerfreundlich, effizient und sparsam. Durch die direkte Nähe vor Ort erhalten unsere Bürger hier einen echten Mehrwert.

Es wundert mich schon sehr, dass der Kreiskämmerer hier zu einem ganz anderen Betrachtungsergebnis kommt. Beim Reizthema

Jugendamt scheinen ihn seine sonst so glänzenden Rechenkünste offenbar zu verlassen, denn seine Behauptung, im Vergleich zu den Jugendämtern Verl und Rheda-Wiedenbrück habe der Kreis je Einwohner 20 Prozent weniger Personal, geht beim besten Willen nicht auf. Das zeigt ein Blick auf den Stellenschlüssel: Bei 175.000 Einwohnern ohne Gütersloh, Verl und Rheda-Wiedenbrück beschäftigt der Kreis 75 Jugendamtsmitarbeiter, das bedeutet eine Stelle auf 2.330 Einwohner. In unserem Verler Jugendamt sind 11 Mitarbeiter tätig, bei 25.300 Einwohnern kommt also eine Stelle auf 2.300 Einwohner. Das sind nach Adam Riese gerade einmal 1,3 Prozent mehr und nicht 20!

Und dabei müssen wir eigentlich noch eine Stelle herausrechnen, denn eine unserer Mitarbeiterinnen kümmert sich ausschließlich um die Belange der Kindertageseinrichtungen. Dieser Bereich ist hingegen beim Personal des Kreises gar nicht eingerechnet, denn die genannten 75 Mitarbeiter dort kümmern sich ausschließlich um die reine Jugendamtsarbeit. Mit solch geschönten Berechnungen kann man auf Dauer den deutlich sichtbaren Trend nicht umkehren. Der Kreis sollte sich schon im eigenen Interesse den Zeichen der Zeit stellen. Alles andere ist nur ein Pfeifen im Walde.

Dass wir nicht nur beim Jugendamt, sondern auch bei der Bauaufsicht inzwischen unser eigener Herr sind, halte ich ebenfalls nach wie vor für absolut richtig: Die Übernahme dieses Aufgabenbereichs hat bisher gute Erträge erwirtschaftet, zudem ist so auch ein Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger mit einem deutlich effizienteren und noch kundenorientierteren Service entstanden. Und dieser zweite Aspekt ist mir persönlich genauso wichtig wie die finanziellen Einsparungen.

Aber zurück zu unseren Ausgaben. Weitere wichtige Positionen stellen sich wie folgt dar:

Kreisumlage	19,11 Mio. EUR
Gewerbesteuerumlage	3,10 Mio. EUR
Umlage Fonds Deutsche Einheit	3,00 Mio. EUR
Sonstige Transferaufwendungen	10,30 Mio. EUR
Personalaufwendungen	7,79 Mio. EUR
Sach- und Dienstleistungen	8,96 Mio. EUR
Bilanzielle Abschreibungen	4,96 Mio. EUR
<u>Sonstige Aufwendungen</u>	<u>3,30 Mio. EUR</u>
	60,527 Mio. EUR

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu den wichtigsten geplanten Investitionen des Jahres 2012 übergehen.

Wie immer, stehen hier die Schulen an erster Stelle. Für das Verler Gymnasium steht noch ein Restbetrag in Höhe von 2.784.000,00 EUR aus diesem Jahr, sowie ein Betrag in Höhe von 3,2 Mio. EUR im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung für die Sanierung und Erweiterung zur Verfügung. Um die räumliche Enge der St.-Georg-Schule zu beseitigen, sollen 2012 1,6 Mio. EUR ausgegeben werden. Weiterhin soll die Marienschule mit knapp 1,0 Mio. EUR saniert werden. Für die Neugestaltung des Schulhofes der Realschule sind 400.000,00 EUR vorgesehen. Mit diesen umfangreichen und baulich äußerst ambitionierten Vorhaben schaffen wir seitens des Schulträgers die Voraussetzungen, dass Schüler, Eltern und Lehrer optimale Bedingungen in unserer Stadt vorfinden.

Seitens des Schulträgers können wir hier nur die sogenannte Hardware bieten.

Viel, viel entscheidender für die Zukunft unseres Bildungssystems vor Ort ist jedoch die Frage, wie künftig die Schullandschaft in Verl aussehen wird. Wir müssen gemeinsam mit Eltern und Lehrern die Frage beantworten, welche Schularten – sei es Sekundarschule, Gesamtschule, Hauptschule, Realschule oder Gymnasium – die jeweils besten Voraussetzungen dafür bieten, dass unsere Kinder eine optimale Grundlage für ihr späteres Leben erhalten.

Ich glaube, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass wir in Verl aktuell über drei hervorragende, gut funktionierende Schularten im Sekundar-Bereich verfügen, und die Verler Eltern können sich voll und ganz darauf verlassen, dass alle drei Schulen – auch für das Schuljahr 2012/2013 – den individuellen Bedarf in Gänze erfüllen können. Deswegen sind wir in unserer Stadt nicht unter Zeitdruck und sollten uns daher genügend Zeit bei der Entscheidungsfindung nehmen, ob und wann wir unsere Schullandschaft verändern und möglicherweise um eine Sekundar- oder Gesamtschule ergänzen wollen.

Die neuen Schulgesetze, meine Damen und Herren des Rates, eröffnen hier neue Wege – auch im Hinblick auf das Ziel, ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Wir alle sind gefordert, im kommenden Jahr die richtigen Weichen zu stellen.

Rund 280.000 EUR plus 177.000 Euro Verpflichtungsermächtigung stehen für Investitionen für die Freiwillige Feuerwehr unserer Stadt zur Verfügung. Nachdem der bauliche Bedarf abgearbeitet ist, gilt es jetzt das technische Equipment, insbesondere den Fuhrpark, Stück für Stück auf den neuesten Stand zu bringen. So sind alleine 350.000,00 EUR für die Bestellung eines Hilfelöschfahrzeuges im nächsten Jahr vorgesehen.

2,4 Mio. EUR sollen für die Verbesserung der Infrastruktur in unserer Stadt bereitgestellt werden.

Von der Erweiterung der Straßenbeleuchtung bis hin zum Ausbau des Brummelweges sind diverse Maßnahmen ins Auge gefasst, die die Mobilität unserer Bürger sicherer und komfortabler machen sollen.

Erstmals sind auch 100.000,00 EUR Planungskosten für die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt L757 vorgesehen. Der Wettbewerb zur Ortskerngestaltung ist meiner Meinung nach mehr als positiv zu bewerten.

Alle drei prämierten Entwürfe bieten interessante Konzepte, um das Ortsbild positiv zu gestalten und die Verweilqualität in unserer Stadt zu steigern. Auch hier gilt es im nächsten Jahr, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen.

Erstaunt bin ich über die jetzt zu hörenden Meinungen selbst ernannter Fachexperten für Radfahrer und Fußgänger, die fordern, möglichst den Kraftfahrzeugverkehr aus dem Zentrum zu verbannen. Bei der Aufgabenstellung zum Ortskernwettbewerb war dies nie ein Thema. Auch bei den entsprechenden Preisgerichtssitzungen wurden derartige Vorstellungen nicht einmal ansatzweise vorgetragen – zu Recht, wie ich meine.

Ich kann nur eindringlich davor warnen, hier die Realität aus den Augen zu verlieren. In unserer Nachbarstadt Rietberg ist vor Jahren schon ein derartiger Versuch gescheitert, und es mussten aufwendige Rückbaumaßnahmen in Kauf genommen werden.

Zunächst einmal gilt es hier sachlich und nüchtern von Fakten auszugehen. Die L757 ist im Bereich der Gütersloher / Paderborner Straße nach wie vor eine Landesstraße mit überörtlichem Erschließungscharakter.

Ein Hauptziel der jetzt anstehenden Verkehrsplanung ist doch, dass ein für alle Verkehrsteilnehmer – egal, ob es Fußgänger, Radfahrer oder Kraftfahrzeugführer sind – optimaler Verkehrsraum geschaffen wird, in dem das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme gilt. Dies sollte auch die Maxime bei der jetzt anstehenden Gestaltungs-Aufgabe sein.

Eine weitere wichtige Investition ist der Kunstrasenplatz im Ortsteil Kaunitz für den FC Kaunitz, für den 870.000,00 EUR zzgl. 500.000,00 EUR für den Grunderwerb bereitgestellt werden.

Für den Bereich Tiefbau bzw. Bauhof sind für die Anschaffung eines geländegängigen Fahrzeuges 200.000,00 EUR und für den Aufbau eines Grünflächenkatasters 70.000,00 EUR vorgesehen.

Wie bereits erwähnt, sieht der Haushalt 2012 im Ergebnisplan Aufwendungen in Höhe von 60,5 Mio. EUR vor, so dass summa summarum ein Defizit von 4,89 Mio. EUR verbleiben wird.

Dieses Defizit können wir aus der mit 17,9 Mio. EUR prallgefüllten Ausgleichsrücklage solide ausgleichen.

Insgesamt lässt sich sagen: Die finanzielle Situation der Stadt Verl ist als kerngesund zu bezeichnen.

Aufgrund verschiedenster günstiger Faktoren verfügt die Stadt Verl per 01.12.2011 über liquide Mittel in Höhe von ca. 57 Mio. EUR. Dieses schöne Ergebnis sollte uns jedoch nicht übermütig werden lassen. Nicht nur in den nächsten Jahren, sondern auch langfristig stehen wir in Verl vor großen, kostspieligen Investitionen. Als Beispiele nenne ich nur die konsequente Umsetzung der Ortskernplanung, die anstehende Neuorganisation der Energieversorgung und einen neuen Standort für unseren Bauhof. Die Aufzählung weiterer anstehender Projekte ließe sich fortsetzen.

Neben der regen Investitionstätigkeit sollte es aber auch unser Ziel sein, die Gebühren und Abgaben für unsere Bürger weiterhin so gering wie möglich zu halten und auch in Zukunft unseren Bürgern günstige Angebote wie z. B. die kostenfreie Bibliothek oder den sehr günstigen Besuch des Freibades zu bieten.

Sollten uns von dritter Seite, ich nenne noch einmal das Wort Stärkungspakt, nicht die Spielräume beschnitten werden, bin ich zuversichtlich, dass uns dies auch in Zukunft aufgrund unserer guten Ausgangslage gelingen wird.

Die Stadt Verl ist gut aufgestellt. Sie kann ihre Zukunft aus eigenen Kräften gestalten und ihr somit auch optimistisch entgegensehen. Dies dokumentiert auch eindrucksvoll die soeben vorgestellte Eröffnungsbilanz.

Apropos Zukunft: Wir können uns schon jetzt auf einige besondere „Highlights“ im Jahr 2012 freuen, die wir Verler sicherlich gebührend feiern werden und die den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt

sowie das ehrenamtliche Engagement unserer Bürger unterstreichen. So können wir uns auf den

- 100. Geburtstag des TV Verl,
- 500 Jahre St.-Anna-Kirche,
- den Bundesköniginnentag
- und den Besuch unserer amerikanischen Freunde aus Delphos freuen.

Die Stadt Verl unterstützt diese Veranstaltungen nicht nur finanziell, was der Haushaltsansatz in Höhe von 41.000,00 EUR unterstreicht, sondern auch ideell.

Allen Verler Bürgerinnen und Bürgern, die sich in irgendeiner Form in diesem Jahr für das Allgemeinwohl eingesetzt haben, spreche ich meinen Dank und meinen Respekt aus.

Meine Anerkennung gilt auch den gut 200 Mitarbeitern der Stadt Verl, die bemüht sind, unseren Bürgern stets so gut wie möglich zu helfen.

Ihnen, meine Damen und Herren des Rates, danke ich für die gute und harmonische Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Auch bei manchmal unterschiedlicher Sicht der Dinge eint uns das gemeinsame Ziel, das Beste für unsere Stadt Verl und ihre Menschen erreichen zu wollen. Und ich denke, so muss es auch sein.

Ich persönlich empfinde es als sehr angenehm, dass nicht alles so pedantisch ernst genommen wird, dass das persönliche Gespräch nach wie vor eine Selbstverständlichkeit ist und nicht zuletzt auch der Humor in unseren Sitzungen nicht zu kurz kommt.

So sollte es weitergehen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Studieren des Haushaltes.
Bei Rückfragen und Informationsbedarf steht Ihnen die Verwaltung selbstverständlich gerne mit Rat und Tat zur Verfügung.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine fröhliche Advents- und Weihnachtszeit.